bnr.de
blick nach rechts

1. Oktober 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 20/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Führungsanspruch 2

Die rechtsextreme NPD sieht sich trotz Stimmenrückgangs als die „einzige nationale Wahlpartei" – Republikaner und DVU spielen demnach keine politische Rolle mehr.

Braune Kulturevents 4

Für die völkische und neonazistische Szene sind Brauchtumsfeiern identitätsstiftende Rituale – auch der Nachwuchs wird offen miteinbezogen.

Veteran der Szene 5

Neonazi Küssel tritt wieder in Erscheinung.

Stille Helfer 6

Hilfsorganisation für inhaftierte NS-Verbrecher existiert dank fleißiger Geldgeber seit über fünf Jahrzehnten.

AUSLAND 7

Wachsame Konkurrenz 7

Am in der Krise steckenden französischen Front National vorbei knüpfen die neonazistischen „Identitären" intensive Kontakte zur europäischen extremen Rechten – mit von der Partie ist aber auch die Schweizerische Volkspartei.

Im Aufwind 8

Stimmenzuwachs für die Freiheitlichen.

GRAUZONE 8

Ein neues „Germanien" 8

Der obskure Wunderheiler Hamer stellt seinen „Verfassungsentwurf" vor.

Fanatischer Antidemokrat 9

Die rechtslastige Wochenzeitung „Junge Freiheit" veröffentlicht eine Sonderbeilage über den Schriftsteller Joachim Fernau und verrät dabei auch etwas über ihren eigenen politischen Standpunkt.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 10

Todesmutiger Aufstand 10

Am 7. Oktober 1944 – vor 65 Jahren – erhoben sich die Häftlinge des Sonderkommandos Auschwitz gegen das SS-Wachpersonal.

MELDUNGEN 11

Führungsanspruch

Die rechtsextreme NPD sieht sich trotz Stimmenrückgangs als die „einzige nationale Wahlpartei" – Republikaner und DVU spielen demnach keine politische Rolle mehr.

Noch im Frühjahr hatte NPD-Chef Udo Voigt eine Vision. Nach dem Einzug seiner Partei in die Landtage von Sachsen, Thüringen und dem Saarland Ende August wolle er dann vier Wochen später den „vom Volke herbeigesehnten Einzug der NPD in den Reichstag" verkünden, so rief er Mitte Mai bei einem Landesparteitag ins Publikum. Seine Parteibasis dankte es ihm mit stehenden Ovationen. Doch den ersten Dämpfer erhielten Voigts – zumindest was die Bundestagswahl anbelangt – von vornherein unrealistische Träume am Abend des 30. August, als seine Partei lediglich in Sachsen die Fünf-Prozent-Hürde überspringen konnte. Bei der Bundestagswahl stimmten schließlich nur 1,5 Prozent der Bürger für die NPD, 0,1 Prozent weniger als vor vier Jahren. Knapp 750 000 Wähler entschieden sich 2005 für die NPD, diesmal waren es nur noch rund 635 000 Zweitstimmen. Die NPD musste zur Kenntnis nehmen, dass sie vorerst eine Ost-Partei bleibt – wo sie freilich inzwischen auf ein stabiles Segment der Wählerschaft bauen kann und in einigen Regionen quasi als „normale" Partei gehandelt wird. Ihre besten Ergebnisse erzielte sie in Sachsen (4,0 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (3,3 Prozent) und Thüringen (3,2 Prozent); im Durchschnitt kam sie im Osten auf 3,1 Prozent. In den westlichen Bundesländern erreichte sie nur 1,1 Prozent. Zulegen konnte sie lediglich in Nordrhein-Westfalen – allerdings auf sehr niedrigem Niveau: Im größten Bundesland hatte sie vor vier Jahren 0,8 Prozent der Stimmen geholt; diesmal waren es 0,9 Prozent.

Beginnend im Landtagswahlkampf in Thüringen hatte die NPD verstärkt auf Rassismus als „Trumpfkarte" gesetzt. Dies rief Ordnungsbehörden, Polizei und Staatsanwaltschaften auf den Plan, sorgte für zusätzliche Publizität, half aber am Ende auch nicht. Das NPD-Präsidium räumte am Tag nach der Wahl ein, man habe „das Ergebnis der letzten Bundestagswahl nicht wie erhofft weiter ausbauen" können. Schuld daran ist nach Ansicht der Parteispitze der mangelnde Durchblick der Wähler: Die hätten „die Verschleierungstaktik der etablierten Parteien, die Auswirkungen der Krise durch kosmetische Maßnahmen wie Abwrackprämie und Verlängerung des Kurzarbeitergeldes bis nach den Wahlen zu verschieben, noch nicht durchschaut". Schuld seien die Medien, die Links- und Piratenpartei als „Wunschalternative hochgespielt" hätten. Und schuld sei der Staat, der die „nationale Opposition" massiv bekämpfe.

Rassismus als „Trumpfkarte"

Die NPD steht in dem von ihrem Präsidium gezeichneten Szenario gar nicht einmal so schlecht da – trotz des Stimmenrückgangs. Die NPD habe dem Druck „als einzige nationale Wahlpartei standgehalten". Republikaner und DVU seien hingegen „in die Bedeutungslosigkeit katapultiert" worden, heißt es in der Erklärung: „Als Splitterparteien werden sie künftig keinerlei politische Rolle mehr spielen." An die Bildung einer neuen Rechtspartei verschwenden die NPD-Oberen seit Monaten ja schon keine Gedanken mehr. Durch das Ergebnis des 27. September sehen sie sich bestätigt: „Wir fordern diejenigen Kräfte, die konstruktiv politisch wirken wollen, dazu auf, sich der einzigen ernstzunehmenden nationalen Kraft, der NPD, anzuschließen."

Intern bestehen die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Flügeln jedoch fort. Und die, die sich in Abgrenzung von Voigt zum „politikfähigen" Teil der NPD rechnen, können darauf verweisen, dass neun der zehn Wahlkreise mit den besten NPD-Ergebnissen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zu finden sind, in jenen Landesverbänden also, die Voigts Wirken besonders argwöhnisch beobachten. Auch von außen wird gezündelt. So veröffentlichte die DVU-nahe Internetplattform „Gesamtrechts" eine Rangfolge der Landesergebnisse, bei der die Voigt-treuen Landesverbände Schleswig-Holstein (1,0 %), Nordrhein-Westfalen und Hamburg (jeweils 0,9 %) ganz hinten zu finden sind – versehen mit dem Kommentar: „Man mag uns dafür verdammen, aber wir können es uns nicht verkneifen zu sagen, dass uns das Ergebnis zumindest in Bezug auf Spitzenreiter und Schlusslichter nicht im Geringsten überrascht."

Einige wenige NPDler gibt es, die sich öffentlich weniger selbstzufrieden äußern als ihr Parteipräsidium. Der JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer gehört dazu. 1,5 Prozent der Wählerstimmen? „Das ist nichts und sollte zu Denkprozessen führen", schreibt er. Ihm schwebt eine „Bewegung" vor, in der sich „jeder Freiheitliche,

jeder Nationalkonservative bis hin zu jedem Nationalen Sozialisten“ wiederfinde. Während die Riege um Voigt dazu aufruft, der NPD beizutreten, schlägt Schäfer einen „sofortigen Zusammenschluss von DVU und NPD“ vor und schließt die Bildung einer „neuen nationalen Partei“ nicht aus, „um auch nach außen Startzeichen der Erneuerung zu setzen“. Mit der Erklärung des Präsidiums nicht einverstanden ist auch Frank Franz, Landesvorsitzender an der Saar und in der Vergangenheit als Voigt-Opponent aufgefallen: Es erscheine ihm „unbegreiflich, wie man bei diesen Ergebnissen ein ‚Weiter so’ propagieren kann“. Die NPD müsse sich „ganz schnell neu aufstellen“, fordert er. Wer immer noch meine, „mit steigenden Problemen müsse man nur noch radikaler auftreten, der hat doch den Gong nicht gehört“.

Gefordert wird die „strategische personelle und inhaltliche Neuausrichtung“

Mit parteiinterner Opposition hat nicht nur NPD-Chef Voigt zu tun. Auch Republikaner-Chef Rolf Schlierer wird sich wohl einer Personaldebatte stellen müssen. Der sächsische Landesvorsitzende Toralf Grau beispielsweise meint, die Wahlergebnisse seien „ein Fingerzeig der Wähler, die uns deutlich gemacht haben, dass wir an unserer programmatischen und personellen Aufstellung arbeiten müssen“. Er selbst will sich bei einem Landesparteitag der Vertrauensfrage stellen. Grau: „Ich erwarte, dass in der Parteiführung der Republikaner ebenso Konsequenzen gezogen werden.“ Auch der REP-Jugendbeauftragte Heiko Trenkle, den die Partei kurz vor der Wahl noch stolz als den jüngsten aller Bundestagskandidaten ins Schaufenster gestellt hatte, wird aufmüpfig und fordert einen „radikalen Umbruch“ und eine „strategische, personelle und inhaltliche Neuausrichtung“. Schlierer scheint begriffen zu haben, dass er nun handeln muss. In einer „Aussendung“ an die Mitglieder räumte er ein, dass es ein „Weiter so“ nicht geben dürfe. Erscheinungsbild und Programm der Partei müssten „grundlegend überarbeitet und modernisiert“ werden. Ihr „politischer Ansatz“ sei aber nach wie vor richtig, meint Schlierer, der auf die Frage personeller Konsequenzen allerdings mit keinem Wort eingeht.

Auf jeden Fall müssen die Republikaner in den nächsten Jahren den Gürtel wesentlich enger schnallen. Sie kamen mit rund 193 000 Stimmen (2005: 266 000) bundesweit auf nur noch 0,4 Prozent (2006: 0,6 %) und verfehlten damit die 0,5-Prozent-Hürde, bei deren Überschreiten es kräftig in der Kasse geklingelt hätte. Statt dessen müssen die Republikaner nun in den nächsten Jahren mit einer knappen Viertelmillion Euro jährlich weniger an Wahlkampfkostenerstattung auskommen.

Nicht mehr nur um Personalien und Finanzen, sondern ums nackte Überleben geht es für die DVU. Mit knapp 46 000 Stimmen erreichte sie bei der Bundestagswahl gerade einmal 0,1 Prozent. Der Versuch der NPD, die DVU zu eliminieren, scheint aufzugehen. Bei der Landtagswahl in Brandenburg überholte sie die DVU, die es in einem Jahrzehnt ihrer Parlamentszugehörigkeit nicht geschafft hat, auch nur annähernd flächendeckend arbeitsfähige Strukturen aufzubauen, und mit keinem einzigen Direktkandidaten antrat, locker: 2,5 Prozent wollten NPDler im Landtag sehen, nur noch 1,2 Prozent votierten für die DVU.

DVU-Kreisverband zur NPD übergetreten

Es werde weder eine „Selbstauflösung“ der DVU geben noch einen „Anschluss“ an die NPD, erklärte DVU-Chef Matthias Faust angesichts der Schlappe dennoch. Er kündigte Gespräche „mit anderen Parteien und Gruppierungen“ an, um „das ständige Gegeneinander innerhalb der rechten Parteien zu beenden“. NPD-Chef Voigt gehört nicht zu den Dialogpartnern. Faust: „Der NPD-Vorsitzende hat vor wenigen Wochen sehr deutlich erklärt, dass er an derartigen Gesprächen kein Interesse mehr habe.“ Fraglich ist freilich, wie viele seiner noch verbliebenen Parteifreunde – Faust nennt die Zahl 6500, die jedoch deutlich übertrieben sein dürfte – ihm auf diesem Weg folgen werden. Noch am Wahlabend meldete sich Marcel Guse, Stadtverordneter in Potsdam und stellvertretender Vorsitzender der DVU-Nachwuchsorganisation „Junge Rechte“ ab. „Zusammen mit weiteren DVU-Kameraden, die keiner System-Partei angehören wollen, werde ich natürlich in die NPD eintreten“, ließ er wissen. Bereits drei Tage vorher hatte Walter Baur, der Ex-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, seinen Austritt erklärt und mitgeteilt, der komplette Kreisvorstand in Augsburg sei mit ihm zur NPD übergetreten. Nicht auszuschließen, dass Guse und Baur bald Nachahmer finden werden.

Tomas Sager

Braune Kulturevents

Für die völkische und neonazistische Szene sind Brauchtumsfeiern identitätsstiftende Rituale – auch der Nachwuchs wird offen miteinbezogen.

Brauchtumsfeiern wie Sonnenwenden oder Erntedankfeste stärken die Neonazi-Szene nach innen. Nach dem Vorbild des Dritten Reiches soll die Gesinnungsgemeinschaft durch gemeinsame Rituale für die ganze Familie gefestigt werden. Im Nationalsozialismus galt der „Nährstand", also die Bauern, als tragende Säule der „Volksgemeinschaft". 1933 nahmen eine halbe Million Menschen am „Deutschen Erntedankfest" mit Adolf Hitler am Bückeberg bei Hameln teil. Das Motto lautete: „Blut – Boden – Arbeit". Im Laufe der Jahre stiegen die Zahlen auf über 1,3 Millionen Teilnehmer aus dem gesamten Reichsgebiet. „Im Rausch der feierlichen Atmosphäre des öffentlichen Festes steigerte sich die Empfänglichkeit des Publikums", beschreibt der Historiker Bernd Sösemann die Zeremonie in seinem Artikel „Wie die Nazis ihr Erntedankfest erfanden" („Welt-Online" vom 14. Oktober 2008). Das Ritual auf dem Bückeberg zählt für Historiker heute mit zu den „Orten des schönen Scheins".

In den letzten Jahrzehnten wurden Brauchtumsfeiern überwiegend von völkischen und heidnischen Gruppen im Kern der Neonazi-Szene zelebriert. Doch zunehmend beteiligen sich nun auch Anhänger radikaler Freier Kameradschaften an diesen identitätsstiftenden Ritualen. Auch sie wissen: Bei braunen Kulturevents auf privatem Gelände ist man ungestört unter seinesgleichen. „Dieses Wochenende der Gemeinschaft, der völkischen Tradition, gibt uns allen Kraft", schwärmt einer der Mitorganisatoren, genannt „Eichenlaub" im neonazistischen Thiazi-Forum.

Wie selbstbewusst sich die neue „NS-Bewegung" dabei fühlt, zeigt sich daran, dass sie inzwischen auch den Nachwuchs offen miteinbezieht. Zum diesjährigen Erntedankfest auf dem Hof Nahtz im niedersächsischen Eschede brachten ehemalige, verurteilte Gewalttäter wie der Tostedter Stefan Silar ihre Kinder mit. Der NPD-Funktionär Manfred Börm reiste gar mit zwei Bussen voller Kinder und Jugendlicher an. Auf der Homepage der als gewaltbereit geltenden „Kameradschaft Celle 73" heißt es: „Die anwesenden Kinder wurden miteinbezogen", als jüngster Redner dieses Festes habe „ein 4-jähriger Kamerad" einen Tischspruch vorgetragen.

Dennoch sah das zuständige Jugendamt in Celle keine Handhabe zum Einschreiten gegen die neonazistische Indoktrination. Die lokale SPD-Politikerin Kirsten Lühmann bemühte sich intensiv um Vermittlung. Doch auch die Einsatzleitung der Polizei gab sich bis auf umfangreiche Vorabkontrollen an der Auffahrt zum Nahtz-Hof eher defensiv. „Da keine Tatsachen vorliegen würden, dass dort strafbare Handlungen vorgenommen werden", so der Polizeisprecher, dürfe es keine „dauerhafte Beobachtung" geben.

Image des netten Bauern von nebenan

Auf die Frage, ob das Verbot der „Heimattreuen Deutschen Jugend" und deren mögliche Nachfolgeaktivitäten von der Polizei überprüft würden, hieß es: man gebe im Bereich der „politischen Bewertung" keine Auskunft. So feierten über 150 Neonazis unter anderem aus Tostedt, Stade, Hildesheim, Höxter, Lippe, Schaumburg, Salzwedel, Winsen/Luhe, Gifhorn, Braunschweig, Rendsburg, Hannover, Mosbach (Baden-Württemberg), Hameln und Soltau-Fallingbostel ungestört mit großem Festzelt, Erntekrone und sportlichem „Kräftemessen". Bei Bier und Lagerfeuer, mit „völkischen Gedichten" und Musik des Liedermachers Torstein aus Thüringen klang die „Feierstunde" nach Neonazi-Angaben aus.

Erstmalig war eine Mahnwache in Sichtweite der Auffahrt zum Neonazi-Gelände in Eschede organisiert worden. Noch am Vorabend waren die Veranstalter unter anderem aus den Reihen des Arbeitskreises „Gegen Extremismus" in Eschede, der Kirche, vom Celler Forum gegen Rechts und vom DGB von der Polizei aufgefordert worden, ihre Protestaktion von der Landesstraße 281 weiter weg ins Ortszentrum zu verlagern. Die Organisatoren lehnten ab, sie wollten sich nicht abdrängen lassen. Mit lila T-Shirts, auf denen stand „Die Heide blüht lila und nicht braun", und bunten Transparenten bauten sich ältere Menschen gemeinsam mit jüngeren auf und begrüßten die anreisenden Neonazis mit Pfiffen und Buh-Rufen. Als der Chef des NPD-Ordnerdienstes Börm sich an der Straße aufstellte und die Gegendemonstranten fotografierte, schritt

die Polizei nicht ein. Aber einschüchtern lassen wolle man sich in Eschede nicht mehr, so eine der Anwohnerinnen. Seit Jahren konnte Alteinwohner Joachim Nahtz auf eine breite Akzeptanz in dem Heideort zählen. Viele Menschen hatten Angst vor Protest. Immer mehr Jugendliche aus der Region nahmen an den Brauchtumsfeiern auf dem Finkenberg in Eschede teil, so reisten diesmal mindestens 13 Fahrzeuge aus Celle an.

Kameradschafts-Anhänger mit Eselsmasken

Nahtz' Image des netten Bauers von nebenan ist scheinheilig. Seine Einladung „für alle" galt nicht für Medienvertreter. Die seien, so der NPD-Landwirt, „nicht erwünscht". Unterstützung bei der medialen Berichterstattung über das rechte Treiben auf dem Hof in Eschede lehnte auch die Polizei ab – dabei hatte gerade Bildmaterial von dem anachronistischen Pfingstlager der HDJ im Jahr 2007 für Aufklärung einer breiten Öffentlichkeit gesorgt.

Ihr Hauptaugenmerk schienen die Polizeikräfte einer anwesenden Hundertschaft eher auf die befürchtete Anreise linker Gegendemonstranten aus Hannover gerichtet zu haben, ließen Beobachter verlauten. So wurde schon mal ein Auto mit „verdächtig" aussehenden Insassen in „linkem Outfit" angehalten und kontrolliert. Die Einsatzleitung gab Order: Journalisten könnten zwar den rund drei Kilometer langen, öffentlichen Schotterweg zum Neonazi-Treffpunkt fahren, aber Schutz würden sie dort nicht erhalten.

Unbeachtet ließen die Verantwortlichen anscheinend die Tatsache, dass es im letzten Jahr einen Angriff auf einen Fotografen gegeben hatte; dass der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hannover jüngst vor der Gewaltbereitschaft der Neonazis aus der Lüneburger Heide gewarnt hatte. Und, dass am Morgen des 26. September dieses Jahres neun Ermittlungsverfahren gegen Anhänger der „Kameradschaft Celle 73" eingeleitet worden waren. Sie waren teils mit Eselsmasken durch die Fußgängerzone der ehemaligen Residenzstadt gezogen. Auf ihren Schildern stand: „Ich Esel glaube immer noch, dass die BRD ein Rechtsstaat ist". Gegen die Neonazis wurden Ermittlungen wegen Verunglimpfung des Staates aufgenommen, sie wurden einige Stunden lang erkennungsdienstlich behandelt.

Andrea Röpke

Veteran der Szene

Neonazi Küssel tritt wieder in Erscheinung.

Österreichische Medien bezeichnen ihn als den „prominentesten Neonazi": den 51-jährigen Gottfried Küssel aus Wien-Leopoldstadt. Küssel lieferte jüngst landesweite Schlagzeilen in der Alpenrepublik. Am 20. September nahm er an einer von der FPÖ ausgerichteten Veranstaltung am Ulrichsberg bei Klagenfurt teil. Die Veranstaltung war ein Ersatz für das abgesagte traditionelle Ulrichsbergtreffen, zu dem sich alljährlich hunderte Wehrmachtsveteranen, Ex-Waffen-SS-Kader und Burschenschafter aus aller Welt versammeln.

Küssel, der seit seinem 16. Lebensjahr in rechtsextremen Zusammenhängen aktiv ist, war Anführer der „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO). Auf der Anschriftenliste der VAPO finden sich auch die Adressen von bundesdeutschen Rechtsextremisten wie Günter Deckert, Ursula Müller und Christian Worch. Nach dem Tod des Neonazi-Führers Michael Kühnen 1991 trat Küssel dessen Nachfolge an, scheiterte jedoch, da er weder über Kühnens rednerisches Talent noch über dessen Ausstrahlung verfügte. 1994 wurde Küssel wegen NS-Wiederbetätigung zu einer Haftstrafe von elf Jahren verurteilt. Küssel wurde vom Gericht für schuldig befunden, als Führer der VAPO „Gaubeauftragte" eingesetzt, Wehrsportübungen veranstaltet, als Koordinator die Neonazi-Szene geschult und für Propagandamaterial gesorgt zu haben.

Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung im Juli 1999 wegen guter Führung hielt sich Küssel zunächst bedeckt. Erst nach und nach tauchte er wieder in der einschlägigen Szene auf. So unter anderem bei einer Burschenschafter-Veranstaltung in Braunau, beim Besuch der Gräber der NS-Recken Walter Nowotny am Wiener Zentralfriedhof und Otto Skorzeny am Döblinger Friedhof sowie bei Veranstaltungen im Umfeld der „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik" (AFP) und dem „Bund freier Jugend" (BFJ). Zugegen war er auch beim 2. „Fest der Völker" am 8. September 2007 in Jena. Als Redner trat Küssel in Deutschland erstmals wieder beim 4. „Nationalen Antikriegstag" in Dortmund am 8. September 2008 in Erscheinung.

Anton Maegerle

Stille Helfer

Hilfsorganisation für inhaftierte NS-Verbrecher existiert dank fleißiger Geldgeber seit über fünf Jahrzehnten.

Es gibt sie noch: Die Altnazi-Organisation „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.“, 1951 als Verein beim Amtsgericht in Wolfsratshausen eingetragen. Der Vorsitzende Horst Janzen aus Wuppertal, geboren 1933, bedankt sich im neuen Sommer-Rundbrief „für empfangene Spenden“, durch die die Stille Hilfe „finanziell noch ausreichend gerüstet“ sei, „um die Hilfeleistungen für unsere letzten Betreuten ohne Einschränkungen fortsetzen zu können“. Die Stille Hilfe galt lange als einer der geheimnisvollsten Nachkriegsvereine. Zu ihren Gründern und Mitgliedern zählten neben hochbelasteten SS-Offizieren, deutschen Adeligen, Juristen und Ärzten auch hochrangige Bischöfe der katholischen Kirche. Das Motto lautete: „Unsere Ehre heißt Treue“. Prominentestes Mitglied war die Tochter von Heinrich Himmler, Gudrun Burwitz aus München.

„Kameraden bei der Stange halten“

Gleich nach Kriegsende widmeten sich die ersten stillen Helfer der Fluchthilfe von NS-Verbrechern, die über die so genannte „Fluchtroute Nord“ oder über die „Vatikanlinie“ per Schiff ins sichere Ausland gelangen sollten, unter ihnen „der Schlächter von Lyon“ Klaus Barbie und Johannes von Leers, führender Mitarbeiter im Propagandaministerium von Goebbels. Offiziell kümmerte sich der von Prinzessin Helene-Elisabeth von Isenburg geleitete Verein allerdings, mit starker weiblicher Beteiligung, um die einsitzenden Kameraden. Es galt die Kameraden „bei der Stange zu halten“, sie sollten „standhaft“ bleiben wie die verurteilten NS-Verbrecher Rudolf Heß oder Erich Priebke.

Graue Eminenz im Hintergrund war der einflussreiche rechte Jurist Dr. Rudolf Aschenauer aus Nürnberg, der über einen kurzen Draht in Bonner Ministerien verfügte. Ihm und einer Reihe von sympathisierenden Kollegen gelang es frühzeitig, in zahlreichen Gerichtssälen Täter in Opfer zu verwandeln. Vor allem die Frauen der Stillen Hilfe organisierten ärztliche Atteste für Haftunfähigkeit, stellten Gnadengesuche, setzten sich für Hafterleichterungen ein oder versuchten, Besucher in den NS-Prozessen zu beeinflussen. Frühzeitig wirkten die bundesweit aktiven Helfer nicht nur im politischen Untergrund, sondern halfen auch beim Aufbau eines neuen braunen Netzwerkes, welches von der militanten „Wiking-Jugend“ bis zur „Gesellschaft für freie Publizistik“ reichte. Fanatikerinnen wie Gertrud Herr aus Hamburg-Blankenese, die im Neonazi-Zentrum Hetendorf den Nachwuchs in Themen wie der Auschwitz-Leugnung schulte, hinterließen der Szene einen Teil ihres Erbes.

Die Stille Hilfe wurde zum Vorbild für die langjährige Knasthilfeorganisation der Neonazis „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) in Frankfurt.

„Höllenqualen“ des 89-jährigen ehemaligen KZ-Aufsehers

Im aktuellen Rundbrief beklagt sich der pensionierte Ingenieur Janzen darüber, dass ihre Aufgabe immer noch nicht „abschließend“ behandelt werden könne, da weiterhin Prozesse wie der gegen den ehemaligen KZ-Aufseher John Demjanjuk anstünden. Janzen berichtet seinen Lesern von den „Höllenqualen“ des 89-Jährigen. In keinem der unzähligen Rundbriefe wurde dagegen an die Opfer des Nationalsozialismus gedacht oder Reue ihrer Betreuten an den Gräueltaten aufgezeigt. Janzen setzt diese Tradition fort, er spricht von einem „Kapitel der einseitigen Nachkriegsverfolgungen“. Die Rubrik „Unser Totengedenken“ ist diesmal der 2008 verstorbenen, ehemaligen Aufseherin im Konzentrationslager Ravensbrück, Ulla Jürß gewidmet. In Ravensbrück nördlich von Berlin kamen zwischen 1939 und 1945 schätzungsweise 92 000 Frauen – Widerstandskämpferinnen, Jüdinnen, Polinnen, Zigeunerinnen – um. Jürß, die im Alter von 86 Jahren in Freiheit gestorben war, hatte 27 Jahre in Haft verbracht, davon einen Großteil im DDR-Frauengefängnis Hoheneck im sächsischen Stollberg. Für Janzen und seine braunen Helfer saß auch sie angeblich zu Unrecht.

Sein „soziales Hilfswerk“ existiert dank fleißiger Geldgeber für die NS-Sache seit über fünf Jahrzehnten, so dankt er vor allem auch den jüngst verstorbenen auf ihre Anonymität bedachten Spendern. Die Stille Hilfe, mahnt Janzen, müsse für „neue Aufgaben bereit bleiben“.

Andrea Röpke

Wachsame Konkurrenz

Am in der Krise steckenden französischen Front National vorbei knüpfen die neonazistischen „Identitären" intensive Kontakte zur europäischen extremen Rechten – mit von der Partie ist aber auch die Schweizerische Volkspartei.

Der französische Front National, Hauptpartei der extremen Rechten des Landes, steckt tief in der Krise: politisch, finanziell und strategisch. Von ihr wird der FN sich voraussichtlich auch zumindest so lange nicht erholen können, wie die Nachfolgeregelung für den 81 Jahre alten Jean-Marie Le Pen an der Parteispitze nicht definitiv gefunden und „abgewickelt" ist.

Unterdessen machen sich Teile des rechtsextremen Spektrums in Frankreich selbständig – und knüpfen intensive grenzübergreifende Kontakte auf europäischer Ebene. Am Front National vorbei und ohne ihn. Ansprechpartner sind insbesondere die österreichische FPÖ, die Lega Nord in Italien und der belgisch-flämische Vlaams Belang (VB) – in geringerem Ausmaß zum Teil auch die, laut Eigendefinition „rechtspopulistische", Regionalpartei „pro Köln" oder die deutsche NPD.

Am 17. und 18. Oktober dieses Jahres versammelt die Strömung der so genannten „identitären" Nationalisten (les identitaires) ihre Anhänger in Orange – mit ausdrücklicher Rückendeckung aus dem Rathaus. In der südfranzösischen Stadt von 30 000 Einwohnern regiert bereits seit 1995 der rechtsextreme Bürgermeister Jacques Bompard. Er zählte früher zum Front National, seit November 2005 jedoch zum rechtskatholischen, national-konservativen Mouvement pour la France, (MPF, „Bewegung für Frankreich") des Grafen Philippe de Villiers.

Die „Identitären", denen die rechtsextreme Presseagentur „Novopress" nahe steht, bilden eine aktivistische neonazistische Bewegung. Im Zentrum ihrer Ideologie steht die „Überlegenheit der weißen Rasse". Sie treten überwiegend mit einer außerparlamentarischen Aktivität und Orientierung auf, beteiligen sich jedoch in Frankreich bisweilen auch an Wahlen – in Konkurrenz zum FN und mit einem radikaleren Profil. Am 6. September erhielt einer ihrer Kandidaten in Nizza – die Stadt ist eine Hochburg dieser Strömung – 7,7 Prozent der Stimmen bei einer lokalen Wahl.

Als Redner erwartet werden unter anderem Jean-Yves Le Gallou (früher Parteifunktionär des FN und des 1999 von ihm abgespaltenen MNR), der jetzt die Think Tank-Stiftung „Polemia" anleitet, und der aktuelle Vorsitzende der elsässischen Regionalpartei Alsace d'abord Jacques Cordonnier. „Hochkarätig" sind aber vor allem die internationalen Gäste. Neben den Ablegern der „Identitären" in Spanien-Katalonien sowie auf portugiesischem Boden (Cause Identitaria) trifft man auf Parteipolitiker von rechtsextremen Kräften mit Massenanhang. Geplant ist namentlich ein Auftritt von Andreas Mölzer, Europaparlamentarier der FPÖ. Franck Vanhecke, Europaparlamentarier und früherer Parteichef des belgisch-flämischen Vlaams Belang, soll dort ebenfalls auftreten.

Auch die rechtskonservative, an ihren rechten Rändern bis hin in den neonazistischen Dunstkreis reichende Schweizerische Volkspartei (SVP) wird mit von der Partie sein. Als Redner vertritt sie dort Dominique Baettig, einer von zwei Bundesräten (Abgeordneten) der SVP für den eidgenössischen Kanton Jura.

Aus Kreisen des Front National hat man jedoch kurz vor der Tagung in Orange eine ideologische Gegenoffensive gestartet. In der letzten Septemberwoche gab der FN auf der ihm nahe stehenden Homepage „Nations Presse Info" bekannt, dass in Orange der Franzose Yves-Marie Laulan als Redner auftrete. Der Publizist Laulan ist für seine extrem einwanderungsfeindlichen Positionen bekannt, nimmt aber daneben auch radikal wirtschaftsliberale sowie – in der Außenpolitik – eher pro-amerikanische Positionen ein. Im Sechs-Tage-Krieg im Jahr 1967 diente er ferner freiwillig in der israelischen Armee. Der FN greift ihn deswegen an und rückt ihn in die Nähe der Positionen Nicolas Sarkozys – von einer „nationalen Opposition" könne bei ihm keine Rede sein. Einige Tage zuvor attackierte die Homepage „Nations Presse Info" auch die schweizerische SVP: Diese kämpfe zwar zu Recht gegen moslemische Einwanderung in ihrem Land. Aber sie vertrete auch die Positionen der „national-zionistischen Netzwerke in Europe", widersetze sich dem „Protek-Zionismus" nicht und betreibe keine „Opposition gegen den (wirtschaftlichen) Globalismus".

Bernhard Schmid

AUSLAND

Im Aufwind

Stimmenzuwachs für die Freiheitlichen.

Bei der Landtagswahl in Oberösterreich am 27. September wurde die rechtslastige FPÖ drittstärkste Kraft nach ÖVP und SPÖ. Die Freiheitlichen erzielten mit Abstand die stärksten Stimmenzuwächse und verdoppelten ihren Stimmenanteil. 15,29 Prozent (130 937) der Wähler votierten für die FPÖ, die nun neun Landtagsabgeordnete (bisher: fünf) stellt (2003 waren es 8,4 Prozent und 65 643 Wähler). Punkten konnte die Rechtspartei jetzt bei Wählern im Alter bis 30 Jahre: 29 Prozent dieser Altergruppe gaben ihr ihre Stimme. Aus den Reihen der Arbeiterschaft stimmten 26 Prozent für die FPÖ. Allerdings holte die FPÖ bei den Frauen lediglich neun Prozent, während 21 Prozent der Männer dort ihr Kreuz machten. Zur FPÖ-Schlusskundgebung am 25. September waren mehr als 6000 Menschen nach Linz gekommen. Reden hielten der FPÖ-Bundesvorsitzende Hans-Christian Strache, Spitzenkandidat Manfred Haimbuchner und der Landesvorsitzende Lutz Weinzinger.

Der Nationalratsabgeordnete Haimbuchner (Jg. 1978) schloss sich im Jahr 2000 der FPÖ an. Haimbuchner ist Gelegenheitsautor der extrem rechten Wochenzeitung „Zur Zeit". In einem Interview mit der rechtsextremen Monatszeitschrift „Der Eckart" erklärte Haimbuchner, dass die türkische Politik „aus einer mehr oder weniger friedlichen Landnahme in Österreich und Deutschland" bestehe. Weinzinger (Jg. 1943), Mitglied der schlagenden Wiener akad. Burschenschaft Bruna Sudetia, ist seit 1969 FPÖ-Mitglied. Weinzingers „besonderes Interesse" gilt nach eigenen Angaben „der Erhaltung des Rechtes auf eigene Identität" und dem „Kampf gegen die Bevormundung durch die immer drückender werdende ‚political correctness' in Österreich". Der Nationalrat fiel in den Medien im letzten Jahr mit der Aussage „Jede blonde, blauäugige Frau ... braucht drei Kinder, weil sonst holen uns die Türkinnen ein", auf.

Sein Wahlziel, den Einzug in den Landtag, verpasste das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) mit lediglich 2,83 Prozent (24 268 Wähler). Nicht zugelassen worden war zur Wahl die rechtsextreme Nationale Volkspartei (NVP).

Anton Maegerle

GRAUZONE

Ein neues „Germanien"

Der obskure Wunderheiler Hamer stellt seinen „Verfassungsentwurf" vor.

Den „Lieben Freunden der Germanischen Neuen Medizin" und „Lieben ehrlichen Parioten" ging am 10. September ein elektronisches Rundschreiben von Ryke Geerd Hamer zu. Dabei handelt es sich um einen „Verfassungsentwurf", den Hamer mit einem Gesinnungskameraden zusammengestellt hat. Hamer ist der Auffassung, dass unser „heutiger Lügen-Räuberstaat, der dazu völkerrechtlich ungültig ist", ein „moralischer, menschlicher Sumpf" mit „Marschrichtung Weltsklaventum unter der Geißel einer Globalisierungsmafia" sei.

Der mehrfach verurteilte und knasterfahrene „Wunderheiler" Hamer, einst Internist und Krankenhausarzt, ist Gründer der Sekte „Germanische Neue Medizin" (GNM), deren Glaubensgebäude aus Pseudo-Medizin, abstrusen Verschwörungstheorien und Antisemitismus auch in rechtsextremen Kreisen auf Zuspruch stößt. Der Justizflüchtling, dem 1986 die Approbation entzogen wurde, hält sich derzeit im südnorwegischen Sandefjord auf, wo er sich dem Zugriff der Staatsanwaltschaft Cottbus zu entziehen versucht, die wegen Volksverhetzung gegen ihn ermittelt.

In seinem „Verfassungsentwurf" betont Hamer, dass „wir Germanen" mit der GNM das „größte Göttergeschenk in unseren Händen" halten, „das die Menschheit jemals empfangen" habe. „Tödlich", so Hamer, sei eine „‚Multi-Kulti-Sklavengesellschaft'" wie sie für die „Weltherrschaftspläne einer gewissen privaten ‚Staats'-Religionsgemeinschaft erwünscht und notwendig und in Deutschland schon weitgehend verwirklicht ist". Hamers Volksverfassung des „Staates Germanien", eines „organisatorischen Zusammenschlusses aller Deutschen auf deutschem Staatsgebiet", sieht einen „Rechtsstaat" vor, „der sich uneingeschränkt zur biologisch-natürlichen Basis der Familie und Sippe verpflichtet" fühlt. Vorgesehen ist auch eine neue Zeitrechnung. Das Jahr wird in 13 Monate zu jeweils 28 Tagen gegliedert. Von dieser Zeiteinteilung scheinen jedoch die GNM-Jünger nichts zu halten. Beginnt doch eines der nächsten GNM-Seminare am 31. Oktober in Nürtingen.

Anton Maegerle

Fanatischer Antidemokrat

Die rechtslastige Wochenzeitung „Junge Freiheit" veröffentlicht eine Sonderbeilage über den Schriftsteller Joachim Fernau und verrät dabei auch etwas über ihren eigenen politischen Standpunkt.

Anlässlich von runden Geburts- und Sterbetagen erinnert die Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) gern mit Sonderbeilagen an bestimmte Intellektuelle, Militärs oder Politiker. Die Auswahl der so Geehrten sagt mitunter viel über die Linie des Blattes aus. So findet sich in der Ausgabe 38 der „Jungen Freiheit" (vom 11.9.2009) eine Sonderbeilage „Hundert Jahre Joachim Fernau 1909 – 1988". Seit Beginn der 1950er Jahre veröffentlichte der Schriftsteller zahlreiche Bestseller, die mit humoristischem Unterton und leichter Hand historische Themen beinhalteten: „‚Deutschland, Deutschland über alles ...' Von Arminius bis Adenauer" (1952), „Rosen für Apoll. Die Geschichte der Griechen" (1961), Cäsar lässt grüßen. Die Geschichte der Römer" (1971), „Halleluja. Die Geschichte der USA" (1977). Im Geleitwort zur Sonderbeilage heißt es: „Die Bücher Joachim Fernaus wurden zu seinen Glanzzeiten von Millionen Menschen gelesen. Sie galten der Mehrheit seines Publikums als bloßer Unterhaltungslektüre ... Unter der schnoddrigen Narrenkappe verbarg sich jedoch ein unerbittlicher Zeitkritiker ..."

Weiter bemerkt Erik Lehnert in einem Artikel mit dem Titel „Preuße aus Leidenschaft": „1940 wurde er dann zur Waffen-SS abkommandiert, die gerade dabei war, eine eigene Kriegsberichterkompanie aufzubauen ..." Durch diese und andere Formulierungen suggeriert man, Fernau habe eine derartige Tätigkeit gegen seinen eigenen Willen aufnehmen müssen. Seine Texte in dieser Funktion lesen sich aber ganz anders. Unter dem Titel „Das Geheimnis der letzten Kriegsphase" veröffentlichte Fernau im „Völkischen Beobachter" am 30. August 1944 einen wie folgt endenden Text: „Wir haben in diesem Kriege noch nie in einer kritischen Lage aufgegeben. Wir werden den letzten Preis, den wir noch zu bezahlen haben, eben bezahlen. Mit allen Mitteln und mit allen Kräften. Der Sieg ist wirklich ganz nahe." Solche Beiträge wurden bereits in den 1960er Jahren als „Durchhalteartikel" kritisiert. Fernau selbst ging auf solche Einwände damals inhaltlich nicht ein, und für die „Junge Freiheit" heute wollte man ihn seinerzeit nur als „unverbesserlichen Nazi" abstempeln.

Ein solcher dürfte Fernau zumindest in der Nachkriegszeit nicht mehr gewesen sein. Gleichwohl nutzte er seine salopp geschriebenen Geschichtsdarstellungen, um in sie politische Kommentare in einem konservativen Sinne zu integrieren. Dabei warb der Autor aber nicht für Positionen im Sinne eines demokratischen, sondern im Sinne eines antidemokratischen Konservativismus. Exemplarisch dafür steht sein Buch „Halleluja. Die Geschichte der USA" (München 1977), worin mitunter durchaus zutreffend die dortige politische Doppelmoral kritisiert, aber auch hasserfüllt die westliche Kultur verdammt wird: „Deshalb, aus Liebe zu dem, wonach wir hungern und was man kaputtgemacht hat, deshalb sage ich: Hasst! ... Dort drüben, jenseits des Ozeans, steht der Schuldige" (S. 318). Die hier deutlich werdende Ablehnung war nicht durch die Ablehnung imperialer Macht legitimiert. Eine ähnlich klare Distanz zur Hitler-Diktatur in Deutschland konnte man in keinem seiner Bücher so deutlich formuliert lesen.

„Schutz gegen die schwarzen Banden" durch den Ku-Klux-Klan

Fernau nutzte stattdessen seine Darstellung zur Entstehungsgeschichte der US-amerikanischen Verfassung zu einer fundamentalen Ablehnung der Demokratie und polemisierte gegen das „totale Versagen des Volksempfindens" (S. 203). Aus dieser verzerrten Perspektive galt der Ku-Klux-Klan als ein „Geheimbund zum Schutz gegen die schwarzen Banden" (S. 180). Bekanntlich handelte es sich hierbei aber um eine seinerzeit mörderisch agierende rassistische Geheimorganisation. Während er diese in seiner Darstellung verteidigte, verdammte Fernau auf gut fünf Seiten das politische System einer Demokratie in aller Deutlichkeit (vgl. S. 94–99).

Zweifellos war Fernau ein gut lesbarer und humoristisch schreibender Autor, der seine historischen Bücher aber als Forum zur Propagierung autoritärer und demokratiefeindlicher Einstellungen nutzte. Wenn die „Junge Freiheit" ausgerechnet eine Person mit solchen Aussagen und eben keinen konservativen Demokraten ehrt, dann sagt dies eben auch viel über den politischen Standort der Wochenzeitung.

Armin Pfahl-Traughber

Todesmutiger Aufstand

Am 7. Oktober 1944 – vor 65 Jahren – erhoben sich die Häftlinge des Sonderkommandos Auschwitz gegen das SS-Wachpersonal.

Zum Jahrestag der Befreiung kommen Jahr für Jahr Überlebende an die Orte des Schreckens. Es werden immer weniger und es ist abzusehen, wann der letzte Zeitzeuge gestorben ist. In den meisten Vernichtungslagern gibt es einen weiteren Tag, den ehemalige Häftlinge nicht vergessen haben. Er liegt im Herbst 1944 – also vor 65 Jahren, wenige Monate vor der Befreiung Europas im Mai 1945.

In allen Konzentrations- und Vernichtungslagern wurde das SS-Wachpersonal zunehmend unruhig. Die Zeit seiner Herrschaft neigte sich dem Ende zu, ihre Zukunft war ungewiss. Das spürten selbstverständlich auch die Häftlinge. Sie konnten freilich nicht aktiv werden, die eigene Befreiung sozusagen von innen heraus beschleunigen. Sie waren viel zu schwach, unerfahren und nicht organisiert. Für bestimmte Kommandos galt das freilich nicht: die „Sonderkommandos". Das waren in jedem Vernichtungslager jene Gefangenen, deren einzige Aufgabe darin bestand, die Opfer der Gaskammern zu beseitigen. Wenn die Krematorien wegen der Massenmorde überbelastet waren, mussten die Sonderkommandos Scheiterhaufen bauen. Über tiefe Gruben legten sie Eisenbahnschienen, auf die die toten Körper geschichtet wurden. Brandbeschleuniger wie Benzin, Öl oder Petroleum sollten die Brände unterstützen.

Die Sonderkommandos mussten die Leichen aus den Gaskammern zerren, Edelmetall aus den Gebissen brechen, in den Körperöffnungen nach Edelsteinen suchen und die Leichen dann zu den Krematorien oder Scheiterhaufen schleppen. Die Angehörigen dieser Sonderkommandos blieben unter sich, wurden während einer bestimmten Zeit nicht ausgetauscht, aber nach unterschiedlicher Dauer ermordet und durch andere Häftlinge ersetzt. So konnten sie als eine Art homogener Truppe vor der zu erwartenden Befreiung beisammen bleiben und Widerstandskommandos bilden.

Anfang Oktober 1944 war in Auschwitz-Birkenau durchgesickert, die Lagerleitung beabsichtige, das Sonderkommando in Kürze zu „liquidieren". Es wurden sogar einzelne Namen von Häftlingen genannt, die auf der Todesliste standen. Diese Männer beschlossen nun, Widerstand zu leisten. Sie wollten sich nicht einfach abschlachten lassen. Während einer heimlichen Beratung um die Mittagszeit näherte sich ihnen ein BV-Häftling. BV stand für „Berufsverbrecher", die in dem Ruf standen, heimlich für die SS zu spionieren. Der BVer war vermutlich Max Buch, den die Widerständler wenig später töteten. Zuvor hatte Buch aber der SS den geplanten Aufstand verraten.

Als ein SS-Trupp sich in der Mittagszeit dem Sonderkommando näherte, wehrten sich die Männer mit Äxten, Hämmern und Steinen. Sie setzen ein Krematorium in Brand, schleuderten einige selbstgefertigte Granaten gegen die SS und versuchten, in ein nahe gelegenes Wäldchen zu fliehen. Danuta Czech beschreibt die Lage in ihrem berühmten „Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939 – 1945" so: „Das sofortige Eingreifen der SS-Wachmannschaft, die Umzingelung des Krematoriumsgeländes und das starke Feuer aus Maschinengewehren und Gewehren in Richtung auf das Wäldchen beim Krematorium IV, in dem die Häftlinge Widerstand leisten, erstickt den Aufruhr schnell … Die Häftlinge verbarrikadieren sich in einer Scheune und setzen sich zur Wehr. Daraufhin zünden die SS-Männer die Scheune an und ermorden die Häftlinge. In diesem Kampf fallen 250 Häftlinge, darunter auch die Organisatoren des Aufruhrs." (S. 899)

Nach dem ungleichen Kampf müssen Häftlinge ihre getöteten Kameraden vor einem unbeschädigten Krematorium ablegen. Die restlichen etwa 200 Mitglieder des Sonderkommandos werden ebenfalls dorthin getrieben und an Ort und Stelle erschossen. Ein Vertreter der Lagerkommandantur hält eine Drohrede. Komme es noch einmal zu einer solchen Revolte, würden alle Häftlinge erschossen. Danuta Czech beschreibt das Ende des Aufstandes am 7. Oktober 1944 in Auschwitz-Birkenau so: „Danach wird in den Krematorien II, III und V die Arbeit wieder aufgenommen."

Tatsächlich war der Aufstand ein Signal, das rasch auch in anderen Vernichtungslagern bekannt wurde und den Häftlingen Mut machte, sich ebenfalls nicht einfach umbringen zu lassen.

Heiner Lichtenstein

Absturz im hohen Norden

Kiel – Die NPD hat bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein ihr erklärtes Wahlziel verfehlt, obwohl es aus der rechten Szene eigentlich keine Konkurrenzkandidatur gab. Sie kam gerade mal auf 0,9 Prozent und bleibt daher auch unter der Ein-Prozent-Hürde für eine Wahlkampfkostenerstattung. Während beim aktuellen Urnengang 14 977 Wählerinnen und Wähler für die NPD votierten, waren es vier Jahre zuvor noch 27 676, was 1,9 Prozent ausmachte. In 16 von 40 Wahlkreisen schafften die Nationaldemokraten mindestens 1,0 Prozent. Die besten Resultate gab es auf dem Ostufer in Kiel sowie in den Bezirken Lübeck-West und Lauenburg-Süd mit je 1,5 Prozent. Bei der Bundestagswahl kreuzten 15 848 Schleswig-Holsteiner das Feld der NPD an (1,0 Prozent). Bei der vorhergehenden Bundestagswahl waren es noch 17 061 Stimmen. Die besten Erststimmresultate schafften diesmal Thomas Wulff (Lübeck), Kay Oelke (Lauenburg-Stormarn) und Helmut Radunski (Dithmarschen-Süd) mit je 1,3 Prozent. Für die Landtagswahl hatte die NPD komplett auf Direktbewerber verzichtet. Ohne die Mithilfe von nicht parteigebundenen Freien Kräften wäre der ohnehin schon recht unauffällige Wahlkampf noch magerer ausgefallen. Die erstmals bei Landtagswahlen angetretenen rechtsaußen verorteten Verehrer des Deutschen Reiches, die Interimpartei Deutschland, schafften im hohen Norden gerade mal 0,1 Prozent (858 Stimmen). Einige wenige Einzelbewerber mit Sympathien ins rechtsgerichtete Lager blieben beim Doppelwahlgang ähnlich unbedeutend. (hf)

„Absolut rassistisch"

Österreich (Klagenfurt) – Karlheinz Klement (Jg. 1963), ehemals Generalsekretär der Bundes-FPÖ und geschäftsführender Landesparteiobmann der FPÖ Kärnten, wurde vom Landesgericht Klagenfurt wegen Verhetzung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Monaten auf Bewährung verurteilt. Klement hatte, so die Anklage, auf seiner Website von Oktober bis Dezember 2008 „verhetzende Textpassagen, in denen das jüdische Volk in einer die Menschenwürde herabsetzende Art beschimpft wird", veröffentlicht. In dem offen antisemitischen Text, der ursprünglich auf der neonazistischen Website „Altermedia" erschienen ist, holte ein anonymer Schreiberling anlässlich der Kritik in israelischen Medien an der Massenhysterie angesichts von Jörg Haiders Unfalltod zum Rundumschlag aus. Sind einmal alle Jüdinnen und Juden tot, würde „sich gerade im deutschen Sprachraum ein Gefühl der Erleichterung und Genugtuung" einstellen. Schließlich wird offen mit Vernichtung oder einer „zweiten Lektion" gedroht, da die Jüdinnen und Juden „nichts aus der Geschichte gelernt" hätten. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Verteidigung meldeten Berufung an. Staatsanwältin Sandra Agnoli bezeichnete Klement als „Sprachrohr eines absolut rassistischen Artikels". Klement, Interviewpartner der „National-Zeitung" und der „Jungen Freiheit", wurde 2008 aus der FPÖ ausgeschlossen. Dem vorangegangen war unter anderem die Äußerung Klements, Homosexualität sei eine „Kultur des Todes". (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de